9 Perspektiven nach negativem Abschluss eines Asylverfahrens

Wenn das Asylverfahren definitiv negativ beendet ist, also die Entscheidung unanfechtbar geworden ist, werden Flüchtlinge aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland innerhalb kurzer Zeit (in der Regel einem Monat)^[1] zu verlassen. Ihre Aufenthaltsgestattung, die für das Asylverfahren galt, erlischt und Sie müssen die Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung bei der Ausländerbehörde abgeben.^[2]

Zusammen mit der negativen Asylentscheidung des Bundesamtes haben Sie eine so genannte Ausreiseaufforderung verbunden mit einer Abschiebungsandrohung^[3] erhalten. Dieses war die Aufforderung, Deutschland zu verlassen, verbunden mit einer Androhung, Sie abzuschicken, falls Sie Deutschland nicht "freiwillig" verlassen. Das deutsche Ausländerrecht unterscheidet zwischen der **Ausreisepflicht** und der **Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht**.

Die **Ausreisepflicht** ist in § 50 AufenthG geregelt und besagt: Wer keinen Aufenthaltstitel (Visum, Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU) besitzt, muss Deutschland verlassen und ist damit zur Ausreise verpflichtet. **Vollziehbar** ist die **Ausreisepflicht**, wenn jemand unerlaubt eingereist ist oder die Erteilung eines Aufenthaltstitels unanfechtbar abgelehnt wurde (§ 58 Abs. 2 AufenthG). Auch nach einer negativen Asylentscheidung des Bundesamtes können Sie vollziehbar ausreisepflichtig werden (s.o.).

Mit der Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht erhält die Ausländerbehörde das Recht, Sie abzuschicken, wenn es dafür keine Hindernisse gibt. Gibt es weder Hindernisse für die Abschiebung noch sind Gründe für einen zeitweiligen Verzicht auf die Abschiebung da, muss die Ausländerbehörde abschieben.

Nach negativem Asylverfahren sollten Sie sich so schnell wie möglich eine **Rechtsberatung** in Anspruch nehmen und klären, ob und wann Ihnen eine Abschiebung droht.

In dieser Situation muss überlegt werden:

1. Soll ein Asylfolgeantrag gestellt werden?
2. Besteht ein Aufenthaltsrecht aus anderen Gründen?
3. Droht die Abschiebung oder muss/kann eine Duldung erteilt werden?
4. Droht Abschiebungshaft, wie wird eine Abschiebung durchgeführt und welche Folgen hat sie?
5. Welche Perspektiven bleiben noch?

^[1] § 38 Abs. 1 AsylG.

^[2] § 67 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 AsylG.

^[3] § 34 AsylG.

9.1 Asylfolgeantrag

Wenn es neue Gründe gibt, die im Asylverfahren bislang nicht geprüft wurden bzw. erst nach Abschluss des Asylverfahrens bekannt wurden, ist unter Umständen ein zweiter Asylantrag (so genannter "Folgeantrag") sinnvoll. Für die Durchführung eines Asylfolgeverfahrens gelten allerdings strenge Bedingungen: Die Sach- oder Rechtslage muss sich gegenüber dem ersten Verfahren gravierend geändert haben. Eine Änderung der Sachlage liegt zum Beispiel vor bei einem

Regierungswechsel im Herkunftsland, der Festnahme von nahen Familienangehörigen oder wenn es neue Beweise für eine Verfolgung gibt, die im ersten Asylverfahren nicht berücksichtigt oder geglaubt wurde. Auch das Ausbrechen einer schweren Krankheit, die im Herkunftsland nicht behandelbar ist oder der Nachweis über eine bislang nicht erkannte, schwere Kriegstraumatisierung können einen Asylfolgeantrag begründen. In solchen Fällen besteht zumindest eine realistische Chance auf Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. 7 AufenthG. Darüber weiß ein/e auf Asylrecht spezialisierte/r Rechtsanwalt / Rechtsanwältin oder eine gute Beratungsstelle Bescheid. Der Folgeantrag muss persönlich bei der Außenstelle des Bundesamtes gestellt werden, zu der die Erstaufnahmeeinrichtung gehört, in der Sie früher wohnen mussten. Wenn Sie zwischendurch ausgereist sind, sind Sie wie Asylsuchende, die zum ersten Mal einen Asylantrag stellen, verpflichtet, maximal sechs Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen.^[1] Auch die Regelungen zur Residenzpflicht gelten dann wieder.^[2]

^[1] §§ 71 Abs. 2 S. 2; 47 Abs. 1 S. 1 AsylG.

^[2] §§ 71 Abs. 2 S. 2; 56 Abs. 1 AsylG.

9.2 Aufenthaltsrecht aus anderen Gründen

Unter bestimmten Bedingungen kann ein im Asylverfahren abgelehnter Flüchtling ein Aufenthaltsrecht aus anderen Gründen erhalten. Die Chancen darauf sind eher gering, sollten aber dennoch mit einem Rechtsanwalt, einer Rechtsanwältin oder einer Beratungsstelle besprochen werden.

a) Heirat, Kinder – Schutz von Ehe und Familie

Eine Ehe mit einem/einer Deutschen oder einer Person mit einem Aufenthaltsrecht kann unter bestimmten Voraussetzungen zu einem Aufenthaltsrecht in Deutschland führen. Um heiraten zu können, müssen verschiedene Papiere vorgelegt werden: In der Regel ein Pass, Geburtsurkunde oder sonstige Abstammungsnachweise, ein "Ehefähigkeitszeugnis" (Bescheinigung darüber, dass Sie nach dem Recht Ihres Heimatlandes ehefähig sind, vor allem, dass Sie nicht oder nicht mehr verheiratet sind) und weitere Papiere, die sich nach dem Recht des Herkunftslandes richten. Die Papiere aus einer Reihe von Herkunftsstaaten müssen außerdem durch die Deutsche Botschaft auf ihre Echtheit geprüft werden. Auch wenn Sie ganz ohne Aufenthaltstitel und ohne Duldung sind ("illegal"), ist eine Legalisierung des Aufenthalts über eine Heirat möglich. Allerdings erfährt die Polizei von Ihren Heiratsabsichten, weil zu den notwendigen Unterlagen auch eine Aufenthaltsbescheinigung der Meldebehörde gehört. Die Abschiebung wird in der Regel erst dann ausgesetzt, wenn die Heirat unmittelbar bevorsteht, sofern – abgesehen von einem illegalen Aufenthalt – keine Ausweisungsgründe vorliegen. Dies ist nur dann der Fall, wenn Sie alle Papiere beschafft haben. Außerdem wird geprüft, ob es sich um eine "Schein-Ehe" handeln könnte, also eine Ehe, die nur deshalb geschlossen wird, weil Sie ein Aufenthaltsrecht erlangen wollen. Unter Umständen müssen Sie Wohnungsbesichtigungen und Befragungen über sich ergehen lassen. Wenn Anhaltspunkte für eine "Schein-Ehe" bestehen, wird keine Duldung erteilt.^[1]

Auch ohne Heirat kann der Schutz der Familie unter Umständen zu einem Aufenthaltsrecht führen. Dies gilt vor allem für Väter von nichtehelichen, aufenthaltsberechtigten Kindern, die ihre Vaterschaft anerkannt haben und sich um ihr Kind auch tatsächlich kümmern. Auch Mütter können ein Aufenthaltsrecht erhalten, zum Beispiel wenn ihr Kind einen deutschen Vater hat oder wenn der Vater einen Aufenthaltstitel besitzt. Nicht in allen Fällen wird allerdings ein Aufenthaltsrecht aufgrund einer Ehe oder eines Kindes erteilt: Oft argumentieren die Behörden, der Schutz von Ehe und Familie sei auch im Herkunftsland der Eheleute gewährleistet. Um zu klären, ob Sie sich mit Aussicht auf Erfolg ein Aufenthaltsrecht durch eine Heirat oder Kinder erhalten können, wenden Sie sich bitte an einen Rechtsanwalt, eine Rechtsanwältin oder eine Beratungsstelle.

b) Recht auf Wiederkehr nach § 37 AufenthG

Personen, die als Kinder schon einmal mit einem Aufenthaltsrecht in Deutschland gelebt haben, können unter bestimmten Bedingungen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 37 AufenthG erhalten. Sie haben einen Anspruch darauf, wenn

- seit der Ausreise noch keine fünf Jahre vergangen sind und Sie jetzt zwischen 15 und 20 Jahren alt sind; zur Vermeidung einer “besonderen Härte” darf die Ausländerbehörde hiervon auch Ausnahmen machen,
- Sie sich mindestens acht Jahre erlaubt in Deutschland aufgehalten und sechs Jahre lang eine Schule besucht haben; auch hiervon darf die Ausländerbehörde bei “besonderer Härte” Ausnahmen machen, unter Umständen genügt ein deutscher Schulabschluss,
- der Lebensunterhalt gesichert ist, also keine Sozialleistungen bezogen werden.

Die Erlaubnis nach § 37 AufenthG kann allerdings verweigert werden, wenn früher eine Ausweisung erfolgte oder jetzt ein Ausweisungsgrund vorliegt (Straffälligkeit, illegale Einreise und anderes) oder wenn es sich um eine/n Minderjährige/n handelt, deren/dessen Betreuung nicht sichergestellt ist.[2]

Auch Erwachsene haben in der Regel ein Recht auf Wiederkehr, wenn sie sich acht Jahre rechtmäßig in Deutschland **aufgehalten** haben und von einem deutschen Versicherungsträger Rente beziehen.[3]

c) Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG

Menschen, die eigentlich abgeschoben werden sollen, können nach § 25 Abs. 5 AufenthG eine befristete Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn eine “Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich” ist. Bei der Möglichkeit einer “freiwillige Ausreise” kommt es nur darauf an, ob es irgendeinen Reiseweg ins Herkunftsland gibt. Die Frage nach der “Zumutbarkeit”, also danach, welche Ängste und Schwierigkeiten bei einer “freiwilligen” Ausreise entstehen, zum Beispiel, ob das alte Haus noch steht oder welche Chancen es im Herkunftsland für die Kinder gibt, berücksichtigt die Behörde dabei nicht.

Auch wenn die Ausländerbehörde meint, dass eine Ausreise zwar nicht möglich ist, der Betreffende aber nicht genug dabei mitwirkt habe, die Ausreisehindernisse zu beseitigen (zum Beispiel durch Passantragstellung bei der Botschaft), wird eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG nicht erteilt. Ebenfalls keine Aufenthaltserlaubnis erhalten Menschen, denen die Ausländerbehörde unterstellt, sie würden über ihre Identität und Staatsangehörigkeit täuschen.

Niedersächsischer Erlass zu § 25 Abs. 5 AufenthG in Verbindung mit Art. 8 Abs. 1 EMRK

Nach dem Nds. Erlass vom 27.04.2015[4] kann in manchen Fällen wegen Art. 8 Abs. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ein rechtliches Ausreisehindernis vorliegen, was zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG führen kann: Nach Art. 8 Abs. 1 EMRK hat jede Person das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens. Dieses Recht umfasst die alle wichtigen persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen. Daraus folgt ein Aufenthaltsrecht, wenn jemand in einem Land **verwurzelt** ist. Erforderlich ist hierfür ein langjähriger Aufenthalt; als Orientierung können die Bleiberechtsregelungen der vergangenen Jahre (mindestens 8 Jahren bzw. mindestens 6 Jahren beim Zusammenleben mit minderjährigen ledigen Kindern) herangezogen werden.[5] Dabei können auch Zeiten, in denen jemand eine Duldung hat, berücksichtigt werden.

Notwendigkeit ist aber immer eine „Gesamtbetrachtung des Einzelfalls mit allen vorhandenen Faktoren“. Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis kann nicht nur deswegen abgelehnt werden, weil der Lebensunterhalt nicht eigenständig gesichert ist. Dennoch spielen nach dem Erlass auch die wirtschaftliche Verhältnisse (Sicherung des Lebensunterhalts aus einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit, Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen, Wohnverhältnisse) eine wichtige Rolle.

- In seltenen Fällen kann eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG auch in Frage kommen, wenn Krankheiten bestehen, die eine Rückkehr in das Herkunftsland unmöglich machen (z.B. Suizidgefahr, schwere psychische Erkrankungen, AIDS im fortgeschrittenen Stadium). Bevor eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, wird oft über einen langen Zeitraum die Frage einer "Reisefähigkeit" geprüft. Wenn für Sie über längere Zeit durch amtsärztliche oder fachärztliche Bescheinigungen eine "Reiseunfähigkeit" dokumentiert wurde, sollten Sie einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG stellen.
- Von den allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 Abs. 1 und 2 AufenthG kann die Ausländerbehörde absehen. Daher schließen der Bezug von Sozialleistungen oder das Vorliegen eines Ausweisungsgrundes (insbesondere Straffälligkeit, aber z.B. auch Drogenkonsum) die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG nicht unbedingt aus.^[6] Die niedersächsischen Behörden verlangen aber in der Regel die Vorlage eines Heimatpasses.

Die AVwV erschweren die Situation noch, in dem sie aufzählen, wann eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG **nicht** erteilt werden darf. Dabei wird unterschieden zwischen schädlichem **aktivem Handeln** und schädlichem **Unterlassen**. Zum aktiven Handeln sagen die AVwV:

“Ein Verschulden durch aktives Tun ist z. B. in den folgenden Fällen anzunehmen:

- *Täuschung über Identität oder Staatsangehörigkeit,*
- *Angabe falscher Tatsachen, Missbrauch, Vernichtung oder Unterschlagung von Urkunden oder Beweismitteln,*
- *Untertauchen zur Verhinderung der aufenthaltsbeendenden Maßnahme, aktiver oder passiver körperlicher Widerstand gegen Vollzugsmaßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung,*
- *Zusammenwirken mit der Botschaft oder Behörden des Herkunftsstaates, um eine Rückübernahme zu verhindern,*
- *Verstreichen lassen der Rückkehrberechtigung,*
- *Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit auf Antrag, ohne gleichzeitig eine neue Staatsangehörigkeit anzunehmen.”^[7]*

Zum Unterlassen:

“Ein Verschulden durch Nichtvornahme von zumutbaren Handlungen kann z. B. anzunehmen sein, wenn der Ausländer:

- *die für die Ausreise notwendigen ihm bekannten Angaben nicht macht oder verweigert,*
- *relevante Dokumente oder Beweismittel, über die er verfügt, nicht vorlegt,*
- *nicht mitwirkt an der Feststellung der Identität und der Beschaffung von Heimreisepapieren,*
- *kraft Gesetzes aus der bisherigen Staatsangehörigkeit entlassen wurde (z. B. wegen Nichtableistung des Wehrdienstes) und keinen Wiedererwerb beantragt,*
- *eine von der Botschaft seines Herkunftsstaates geforderte „Freiwilligkeitserklärung“ nicht abgibt.”^[8]*

Durch die allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz ist den Ausländerbehörden damit vorgegeben, dass, wenn der Flüchtling keine Freiwilligkeitserklärung (die Erklärung, freiwillig in das Herkunftsland ausreisen zu wollen) abgibt, auch keine Aufenthaltserlaubnis erteilt

wird. Das Bundesverwaltungsgericht^[9] hat das auch so entschieden. Demgegenüber besteht nach der Rechtsprechung der Strafgerichte^[10] zu der Frage, ob sich ein geduldeter Flüchtling, der die Abgabe einer Freiwilligkeitserklärung ablehnt, nach § 95 Abs.1 Nr. 1 AufenthG strafbar macht, keine Verpflichtung, eine unwahre Erklärung abzugeben, um an einen Pass oder ein Papiersatzpapier von der Heimatvertretung zu gelangen.

Wenn trotz aller Hindernisse eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG erteilt wird, dann nur für eine befristete Zeit, zunächst für längstens sechs Monate.^[11] Ob die Aufenthaltserlaubnis danach verlängert wird, entscheidet die Ausländerbehörde. Sie prüft dann erneut, ob eine "freiwillige Rückkehr" oder eine Abschiebung möglich ist. Ist die Ausreise inzwischen möglich, wird die Aufenthaltserlaubnis in der Regel nicht verlängert. Nur bei Vorliegen einer "außergewöhnlichen Härte", also in seltenen Ausnahmefällen, kann eine aus humanitären Gründen befristet erteilte Aufenthaltserlaubnis doch noch verlängert werden, und zwar nach § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG.

d) Anerkennung als Härtefall nach § 23a AufenthG

Unter Umständen können ausreisepflichtige Flüchtlinge als "Härtefall" nach § 23a AufenthG anerkannt werden und darüber ein Aufenthaltsrecht in Deutschland erhalten.

Die Annahme eines Härtefalls ist allerdings in der Regel ausgeschlossen, wenn erhebliche Straftaten begangen wurden oder wenn ein Abschiebungstermin feststeht.^[12]

Die Nds. Härtefallkommission besteht aus neun stimmberechtigten Mitglieder,^[13] von denen eines auf Vorschlag des Nds. Flüchtlingsrats berufen wird und einem nicht stimmberechtigten vorsitzendem Mitglied.^[14]

Die Härtefallkommission wird nach einer schriftlichen Eingabe tätig. Eingaben kann jedes Mitglied der Härtefallkommission und der/die betroffene Ausländer/-in machen.^[15]

In der Eingabe ist anzugeben^[16]

- welche dringenden humanitären oder persönlichen Gründe eine weitere Anwesenheit der Ausländerin oder des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen könnten und
- wie die Ausländerin oder der Ausländer den Lebensunterhalt einschließlich eines ausreichenden Krankenversicherungsschutzes sichert.

Eine Eingabe wird insbesondere dann nicht zur Beratung angenommen, wenn^[17]

- sich der Betroffene nicht im Bundesgebiet aufhält oder der Aufenthaltsort nicht bekannt ist
- für den Betroffenen keine niedersächsische Ausländerbehörde zuständig ist
- der Betroffene nicht vollziehbar ausreisepflichtig ist
- ein Termin für eine Abschiebung bereits feststeht oder ein feststehender Termin verstrichen ist und die Ausländerbehörde den Betroffenen nicht rechtzeitig und wiederholt über die Möglichkeit der Anrufung der Härtefallkommission informiert hat
- Abschiebungshaft angeordnet wurde
- ein Ausweisungsgrund nach § 53 oder § 54 AufenthG^[18] vorliegt, wenn die Verbüßung der Strafe nicht schon länger zurückliegt etc.
- für den Betroffenen beim Landtag eine Petition anhängig ist.

Nach einem Entwurf zur Änderung der Härtefallkommissionverordnung, der am 01.01.2016 in Kraft treten soll, wird eine Eingabe auch dann nicht zur Beratung angenommen, **wenn der/die Betroffene noch**

nicht 18 Monate in Deutschland lebt.^[19] Das vorsitzende Mitglied der Härtefallkommission

kann hiervon eine Ausnahmen machen, wenn dies aufgrund der besonderen Umstände des Einzelfalls für geboten gehalten wird.[20]

Wenn keine Ausschlussgründe vorliegen, ordnet das Innenministerium an, dass bis zur Entscheidung über den Härtefallantrag keine Abschiebung stattfinden darf.[21]

Eine positive Empfehlung der Härtefallkommission kommt nur zustande, wenn die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder der Kommission[22] dafür stimmen. Das letzte Wort über den Härtefallantrag hat der niedersächsische Innenminister. Er muss sich nicht an die Empfehlung der Härtefallkommission halten, wird dies aber im Regelfall tun.[23] Um ins Härtefallverfahren zu kommen, gehen Sie wie folgt vor:

- Prüfen Sie zunächst, ob es noch eine andere Möglichkeit gibt, eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen (z.B. nach § 25 a oder § 25 Abs. 5 AufenthG). Ein Härtefallantrag sollte nur gestellt werden, wenn alle anderen rechtlichen Möglichkeiten ausscheiden.
- Informieren Sie die Ausländerbehörde frühzeitig, dass ein Härtefallantrag gestellt wird
- Schreiben Sie direkt an ein Mitglied der Härtefallkommission oder eine/n Stellvertreter/in und schildern Sie Ihre Geschichte und ihre Lebensumstände in Deutschland. Begründen Sie ausführlich, wie Sie Ihren Lebensunterhalt zurzeit und zukünftig sicherstellen wollen. Wenn möglich, legen Sie entsprechende Bescheinigungen (eines Bürgen oder Arbeitgebers) vor. Lassen Sie sich bei der Abfassung Ihres Schreibens an ein Mitglied der Härtefallkommission durch eine kompetente Beratungsstelle oder einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin helfen,
- Fragen Sie nach und lassen Sie sich versichern, dass das angeschriebene Mitglied die Eingabe für Sie macht oder Ihre Eingabe unterstützt; ein persönlicher Kontakt zu diesem Mitglied (zum Beispiel telefonisch) kann dafür hilfreich sein; gegebenenfalls kann auch eine Beratungsstelle für Sie den persönlichen Kontakt halten,
- Im laufenden Verfahren ist es manchmal sinnvoll, die Härtefallkommission über Veränderungen und neue Erkenntnisse zu informieren. Schreiben Sie dazu an die Geschäftsstelle der Härtefallkommission:

Geschäftsstelle der Härtefallkommission beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport Postfach 221 30002 Hannover

Telefon derzeit: (0511) 120-6219 /Fax: (0511) 120-4848

- Für weitere, detaillierte Hinweise zum Verfahren und zur Antragstellung wenden Sie sich an das Büro des Flüchtlingsrats Niedersachsen. Ausführliche Informationen finden Sie in dem „Leitfaden für einen Härtefallantrag in Niedersachsen“ des ESF-Projektes Fair Bleib in Südniedersachsen, des Instituts für angewandte Kulturforschung und des Flüchtlingsrats Niedersachsen und hier http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14974&article_id=63033&psmand=33e **Petition**

Eine Petition ist kein Rechtsmittel, sondern ein Bittbrief, der sich an das zuständige Parlament, also den Niedersächsischen Landtag, richtet. Darin können Sie Ihre persönliche Situation schildern und um das bitten, was Ihnen am Herzen liegt: Ein Bleiberecht, den Schulabschluss noch zu Ende machen zu dürfen oder anderes. Im Unterschied zur Härtefallkommission muss sich der Petitionsausschuss des Landtags mit jeder Petition beschäftigen und kann Ihren Brief nicht einfach deshalb ignorieren, weil Sie zum Beispiel in Abschiebungshaft sind. Aber Vorsicht: Mit dem Stellen einer Petition verhindern Sie, dass Sie zum Härtefallverfahren zugelassen werden.

Der Petitionsausschuss kann nicht selbst ein Aufenthaltsrecht für Sie beschließen. Er kann aber bestimmte Empfehlungen vorbereiten, mit denen der Landtag zum Beispiel den Innenminister auffordert, Ihre Petition zu berücksichtigen. Wenn der Petitionsausschuss so etwas macht, steigen Ihre Chancen auf ein Aufenthaltsrecht. Dafür müssen Sie Ihre Petition besonders gut begründen und

etwas Schwerwiegendes vortragen können, das Sie von anderen abgelehnten Flüchtlingen unterscheidet. In der Regel müssen Sie allerdings damit rechnen, dass der Petitionsausschuss Ihnen antwortet, dass er leider nichts für Sie tun kann, weil Ihr Fall schon von einem Gericht und den Behörden ausführlich geprüft worden ist.

Das Schreiben einer Petition bietet also nur eine kleine Chance auf ein Aufenthaltsrecht. Da ein Petitionsantrag eine Abschiebung rechtlich nicht automatisch verhindert, macht eine Petition auch nur dann einen Sinn, wenn die Ausländerbehörde bis zum Ausgang des Petitionsverfahrens mit der Abschiebung wartet oder ein vorübergehender Verbleib in Deutschland auf andere Weise gesichert werden kann. Eine Petition sollte auch erwogen werden, wenn ein Härtefall vorliegt, ein Härtefallantrag aber nicht möglich ist, da Nichtannahmegründe vorliegen.^[24]

Die neue Ermessensduldung nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG gibt auch dem Petitionsausschuss ein Instrument in die Hand, um der Ausländerbehörde eine vom Gesetz getragene Lösung vorzuschlagen bzw. das Verfahren abzuwarten (s.o.).

Die Petition kann ohne Formular geschrieben und an folgende Adresse geschickt werden:

Präsident des Niedersächsischen Landtags Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 30 159 Hannover

Wenn in Ihrem Asylverfahren etwas gravierend schief gelaufen ist, kann es sinnvoll sein, sich mit einer Petition an den Petitionsausschuss des Bundestages zu wenden. Während der Petitionsausschuss des niedersächsischen Landtags für Fragen eines humanitären Aufenthaltsrechts zuständig ist, prüft der Petitionsausschuss des Bundestages, ob das Asylverfahren korrekt durchgeführt wurde. Wenn die Anhörung durch das Bundesamt zum Beispiel unfair durchgeführt wurde oder wenn ein Flüchtling zum Zeitpunkt der Anhörung körperlich oder seelisch gar nicht in der Verfassung war, angehört zu werden, kann der Petitionsausschuss eine neue Prüfung (ein freiwilliges "Wiederaufnahmeverfahren") anregen. Als Bundesbehörde untersteht das BAMF dem Bundesinnenministerium und unterliegt damit auch der Kontrolle durch das Parlament, den Deutschen Bundestag. Die Adresse des Petitionsausschusses des Bundestages lautet:

An den

Deutschen Bundestag

Petitionsausschuss

Platz der Republik 1

11011 Berlin

- Suchen Sie sich für Ihre Petition kompetente Unterstützer/innen (Flüchtlingsberatungsstellen, soziale Organisationen, Pfarrer/innen, Lehrer/innen, Ärzte/innen...).
- Schicken Sie eine Kopie der Petition in jedem Fall auch an die Ausländerbehörde, damit diese darüber rechtzeitig informiert ist.
- Um die Erfolgchancen einer Petition zu erhöhen, ist es immer ratsam, sich an einzelne Mitglieder des Ausschusses zu wenden und sie, wenn möglich, persönlich zu kontaktieren und mit Ihrer Geschichte zu konfrontieren.

[1] Vgl. AVwV 27.1.8.

[2] § 37 Abs. 3 AufenthG.

[3] § 37 Abs. 5 AufenthG.

[4] Runderlass des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 27. April 2015 – Az.: 61 – 12230.1-8 (§25), VORIS 26101

[5] Durch die Einführung der Aufenthaltserlaubnis für „nachhaltig integrierte“ geduldete

Flüchtlinge nach § 25b AufenthG wird der Anwendungsbereich des Erlass künftig geringer sein.

[6] § 5 Abs. 3 S. 2 AufenthG.

[7] AVwV 25.5.4.1.

[8] AVwV 25.5.4.2.

[9] BVerwG, [Urteil vom 10.11.2009, Az. BVerwG 1 C 19.08.](#)

[10] OLG München, Urteil vom 9.3.2010, Az. 4 St RR 102/09 m. w. N.

[11] § 26 Abs. 1 S. 1 AufenthG.

[12] § 23a Abs. 1 S. 3 AufenthG.

[13] § 2 Abs. 1 Verordnung über die Härtefallkommission in Niedersachsen nach dem Aufenthaltsgesetz (Niedersächsische Härtefallkommissionsverordnung – NHärteKVO) vom 6. August 2006, geändert durch VO v. 10.9.2008 (Nds.GVBl. Nr.18/2008 S.279), [9.12.2009 \(Nds.GVBl. Nr.27/2009 S.448\)](#), [3.7.2012 \(Nds.GVBl. Nr.14/2012 S.214\)](#) und vom [2.9.2013 \(Nds.GVBl. Nr.16/2013 S.228\)](#) – 27100 -.

[14] § 2 Abs. 1 S. 4 NHärteKVO.

[15] § 4 Abs. 1 S. 2 NHärteKVO.

[16] § 4 Abs. 2 NHärteKVO.

[17] § 5 Abs. 1 NHärteKVO.

[18] Seit 01.08.2015 ist an die Stelle der Ausweisungsgründe das Ausweisungsinteresse nach § 54 AufenthG getreten.

[19] § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 NHärteKVO -E, siehe <http://www.nds-fluerat.org/17618/aktuelles/kurzkommentar-zur-geaenderten-haertefallkommissions-vo/>.

[20] § 5 Abs. 2 S. 2 NHärteKVO-E.

[21] § 5 Abs. 3 S. 2 NHärteKVO.

[22] § 6 Abs. 4 S. 1 NHärteKVO.

[23] Vgl. § 23a Abs. 1 S. 1 AufenthG.

[24] § 5 Abs. 1 NHärteKVO.

9.3 Droht die Abschiebung oder muss/kann eine Duldung erteilt werden?

Eine Abschiebung droht Ihnen dann, wenn die Durchführung der Abschiebung tatsächlich möglich und sie auch nicht aus rechtlichen Gründen verboten ist:

Wenn Sie aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden können, haben Sie wegen dieser tatsächlichen oder rechtlichen Abschiebungshindernisse einen Anspruch auf die Erteilung einer Duldung (siehe unter a). Die Ausländerbehörde kann in vielen Fällen jahrelang darauf warten, dass eine Abschiebung wieder möglich ist. Während dieser Zeit muss die Behörde Ihre Duldung immer wieder verlängern. Für die Geltungsdauer der Duldung nennt das Aufenthaltsgesetz keine bestimmte Frist. Üblicherweise erfolgen Verlängerungen aber um einen, drei oder sechs Monate. Wenn Sie eine Duldung besitzen, die jeweils nur für wenige Tage verlängert wird, sollten Sie mit einer Beratungsstelle sprechen. Unter bestimmten Voraussetzungen können Sie auch eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG erhalten (siehe Kapitel 9.2 c).

Unabhängig davon kann Ihnen die Ausländerbehörde unter bestimmten Voraussetzungen eine Duldung auf dem Ermessenswege erteilen (siehe unter c)

a) Die Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 2 AufenthG, wenn eine Abschiebung unmöglich ist

Was sind tatsächliche Abschiebungshindernisse?

Das bedeutet, dass Ihre Abschiebung aus den verschiedensten praktischen Gründen zumindest im Moment nicht durchgeführt werden kann:

Manche Flüchtlinge können nicht abgeschoben werden, weil **keine Flugverbindungen** ins Herkunftsland bestehen. Auch wenn **kein gültiger Pass** vorhanden ist, kann die Abschiebung oft nicht stattfinden. Wenn Abschiebungspapiere fehlen, wird die Ausländerbehörde versuchen, Passersatzpapiere bei der Botschaft zu besorgen. Sie sind dabei zur Mitwirkung verpflichtet.^[1] Tun Sie dies nicht, haben Sie unter Umständen gravierende Nachteile zu befürchten, zum Beispiel Arbeitsverbot^[2] oder Kürzung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.^[3]

- Informieren Sie sich, welche Schritte Sie unternehmen müssen, um Ihren Mitwirkungspflichten nachzukommen. Ein guter Rechtsanwalt, eine gute Rechtsanwältin oder eine gute Beratungsstelle kann Ihnen genau Auskunft geben.

Wenn Sie aus gesundheitlichen Gründen nicht reisefähig sind, darf die Ausländerbehörde Sie wegen Ihrer **Reiseunfähigkeit** noch nicht abschieben. Dies gilt nicht nur bei Krankheiten, sondern auch für die Zeiten des Mutterschutzes (sechs Wochen vor dem Geburtstermin bis acht Wochen nach der Geburt).^[4] Bei Risikoschwangerschaften, Mehrlingsgeburten oder Komplikationen kann diese Frist auch länger andauern. Dauert eine Erkrankung länger oder ist sie besonders schwerwiegend, kann es sinnvoll sein, deshalb eine Aufenthaltserlaubnis zu beantragen oder einen Asylfolgeantrag zu stellen (vgl. Kapitel 9.2, 9.1).

Ist bei der Geburt eines Kindes in Deutschland die Mutter geduldet oder sogar ohne ein Aufenthaltspapier (also "illegal"), ist das Kind mit der Geburt auch ausreisepflichtig. Das bedeutet, dass das Kind und natürlich die Mutter ausreisen müssen. Da das Kind aber noch nicht vollziehbar ausreisepflichtig ist, also nicht direkt abgeschoben werden darf,^[5] haben Mutter und Kind entweder Zeit bis zum Erlass einer Ordnungsverfügung, wodurch die vollziehbare Ausreisepflicht entstände oder die vom Gesetzgeber in § 81 Abs. 2 AufenthG eingeräumte Frist von sechs Monaten. Während dieser Zeiten haben Mutter und Kind einen Anspruch auf eine Duldung. Geburt ist nämlich keine unerlaubte Einreise, nur der Aufenthalt ist unerlaubt.

- Wenn Sie krank sind, lassen Sie sich Ihre Reiseunfähigkeit möglichst frühzeitig ärztlich bestätigen und reichen Sie dieses Attest bei der Ausländerbehörde ein. Sind Sie zum Beispiel aufgrund von Kriegserfahrungen psychisch krank, ist unter Umständen ein aufwändiges und teures medizinisches Gutachten erforderlich. Lassen Sie sich beraten.

Tatsächliche Abschiebungshindernisse sind damit im Wesentlichen die Folgenden:

- Reiseunfähigkeit im Krankheitsfall,
- im Falle fortdauernder Passlosigkeit, wenn nach den Erfahrungen der Ausländerbehörde eine Abschiebung ohne Pass oder deutschen Passersatz nicht möglich ist oder ein Abschiebungsversuch gescheitert ist,
- wenn die Verkehrswege für eine Abschiebung unterbrochen sind,
- wenn die sonstigen erforderlichen Papiere (z. B. Durchbeförderungsbewilligung, Visa) nicht vorliegen oder das geeignete Verkehrsmittel noch nicht zur Verfügung steht,
- wenn es sich um einen Staatenlosen oder einen anderen Ausländer handelt, dessen Aufnahme der Herkunftsstaat, z. B. nach einem erfolglosen Abschiebungsversuch, verweigert hat.^[6]

Was sind rechtliche Abschiebungshindernisse?

Erst einmal alles was im Gesetz steht. Hierunter fallen zunächst die Abschiebungsverbote des § 60

AufenthG, die aber bereits in Ihrem Asylverfahren geprüft worden sind. Zu den Hindernissen für eine Abschiebung gehören auch der oben bereits erwähnte Schutz von Ehe und Familie. Weitere ergeben sich aus dem Grundgesetz, insbesondere dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit^[7] und aus der Beachtung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz bezeichnen auch die inländischen Vollstreckungshindernisse als rechtliche Abschiebungshindernisse.^[8] **Achtung:** Da die Prüfung dieser Sachverhalte sehr kompliziert ist, holen Sie sich unbedingt fachkundigen Rat in einer Beratungsstelle oder einem Anwaltsbüro.

Wichtig: Vor einer Duldungserteilung muss die Ausländerbehörde aber immer prüfen, ob nicht ein Aufenthaltstitel erteilt werden kann oder muss (vgl. Kapitel 9.2).

b) Die Duldung nach § 60a Abs. 1 AufenthG wegen eines “Abschiebungsstopps”

Das Nds. Innenministerium darf anordnen, dass Abschiebungen einer bestimmten Gruppe von Flüchtlingen für einige Wochen, längstens für drei Monate nicht erfolgen dürfen. Die Flüchtlinge erhalten dann für diesen Zeitraum eine Duldung. In der Praxis wird ein solcher Abschiebungsstopp gemäß § 60a Abs. 1 AufenthG allerdings sehr selten verhängt. Dies geschieht allenfalls, wenn akute Katastrophen in bestimmten Ländern ausbrechen, die durch das Fernsehen oder Zeitungen sehr stark im Bewusstsein der Öffentlichkeit sind.

- Auf einen Abschiebungsstopp gibt es keinen Anspruch. Wenn in Ihrer Herkunftsregion eine akute Krise herrscht, können Sie versuchen, Politik und Öffentlichkeit zu überzeugen und aufzufordern, einen Abschiebungsstopp zu verhängen. Tun Sie sich dazu mit anderen Flüchtlingen und Flüchtlingsorganisationen zusammen. Gerne erhalten Sie dabei Unterstützung vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat.

c) Die Ermessensduldung nach § 60 a Abs. 2 S. 3 – 6 AufenthG

Unabhängig vom Vorliegen von Abschiebungshindernissen oder von einem Abschiebungsstopp kann Ihnen die Ausländerbehörde unter bestimmten Voraussetzungen eine sog. Ermessensduldung erteilen:

Menschen ohne Aufenthaltsrecht können leider keine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG mehr erhalten, wenn “dringende humanitäre oder persönliche Gründe” vorliegen. Stattdessen sind ein neuer Duldungsgrund in das Gesetz geschrieben worden, die **Ermessensduldung** des § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG. Eine Ermessensduldung kann erteilt werden, wenn – vorübergehend – dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder ein öffentliches Interesse den weiteren Aufenthalt erfordern. Seit 01.08.2015 ist die **Ermessensduldung für eine Ausbildung** ausdrücklich im Aufenthaltsgesetz geregelt (zu den Einzelheiten siehe unten). Ansonsten könnten Gründe für die Erteilung einer Ermessensduldung unter anderem sein:

- Durchführung einer Operation, die im Herkunftsland nicht möglich ist
- Beendigung einer Therapie oder sonstigen Behandlung ohne dass Reiseunfähigkeit besteht, da ansonsten bereits ein Anspruch auf eine Duldung da wäre
- bevorstehender Schulabschluss
- Beendigung des laufenden Schuljahres
- Abschluss einer Berufsausbildung
- vorübergehende Betreuung eines schwer kranken Familienangehörigen
- eine unmittelbar bevorstehende Heirat mit einem Deutschen oder einem Bleibeberechtigten bis zum Hochzeitstermin.
-

Diese Liste ist nicht abgeschlossen, weitere gute Gründe sind denkbar, müssen aber der Ausländerbehörde gegenüber vorgetragen werden.

Die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften (AVwV) sagen dazu: “§ 60a Absatz 2 Satz 3 soll den Ausländerbehörden die Möglichkeit geben, die Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen auszusetzen, deren Aufenthaltswitzweck sich nicht zu einem rechtlichen Abschiebungshindernis nach Absatz 2 Satz 1 verdichtet hat und in deren Fall tatsächliche Abschiebungshindernisse nicht vorliegen, deren vorübergehender Aufenthalt jedoch aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen bzw. erheblichen öffentlichen Interessen geboten ist. Damit soll Härten begegnet werden, die in der Praxis dadurch entstehen können, dass § 25 Absatz 4 Satz 1 nicht auf vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer anwendbar ist.”^[9]

Die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Ermessensduldung^[10] verweisen zu der Beurteilung der Frage, ob dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder erhebliche öffentliche Interessen vorliegen, auf die AVwV zu § 25 Abs. 4 S. 1 AufenthG.

Darin heißt es: “Bei der Prüfung, ob dringende humanitäre Gründe vorliegen, ist auf die individuellkonkreten Umstände des Einzelfalls abzustellen. Es kommen nur inlandsbezogene Gründe in Frage, nicht erheblich i. S. d. § 25 Absatz 4 Satz 1 sind zielstaatsbezogene Gründe, insbesondere das Vorliegen von Abschiebungshindernissen oder Gefahren für den Ausländer, die im Falle seiner Rückkehr im Heimatstaat auftreten können. Nicht berücksichtigt werden kann damit insbesondere die Unmöglichkeit, im Ausland eine zur Bestreitung des Lebensunterhalts erforderliche Arbeit zu finden. Der Ausländer muss sich aufgrund besonderer Umstände in einer auf seine Person bezogenen Sondersituation befinden, die sich deutlich von der Lage vergleichbarer Ausländer unterscheidet. Das Verlassen des Bundesgebiets in einen Staat, in dem keine entsprechenden Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten bestehen, ist kein dringender humanitärer Grund i. S. d. § 25 Absatz 4 Satz 1.”^[11]

Hiermit wird erneut klargestellt, dass Gründe, die im Herkunftsland oder in dem Lande liegen, in das abgeschoben werden soll, nicht für diese Ermessensduldung herangezogen werden können. Hier muss in der Argumentation sauber getrennt werden. Dann heißt es:

”Nach § 25 Absatz 4 Satz 1 kommt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis (**also hier die Duldung!**) nur in Betracht, wenn ein vorübergehender, also ein zeitlich begrenzter Aufenthalt angestrebt wird; begehrt der Ausländer einen Daueraufenthalt oder einen zeitlich nicht absehbaren Aufenthalt im Bundesgebiet, so kommt (**hier wieder die Duldung!**) eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 Satz 1 nicht in Betracht.“^[12] Weiter heißt es dann: “Bei der Ermessensentscheidung sind daher nur solche Umstände zu berücksichtigen, die ihrer Natur nach einen vorübergehenden Aufenthalt notwendig machen; Umstände, die auf einen Daueraufenthalt abzielen, sind grundsätzlich nicht berücksichtigungsfähig. Im Rahmen der Ermessensentscheidung sind die privaten Interessen des Ausländers und die öffentlichen Interessen abzuwägen. Als Gesichtspunkte können die Dauer des Voraufenthalts, der Grund für die Ausreisepflicht und die Folgen einer alsbaldigen Abschiebung für den Ausländer herangezogen werden.”^[13]

Dann wird die oben angegebene Liste noch näher erklärt: “Dringende humanitäre oder persönliche Gründe können z. B. in folgenden Fällen angenommen werden:

- Durchführung einer medizinischen Operation oder Abschluss einer ärztlichen Behandlung, die im Herkunftsland nicht oder nicht in ausreichendem Maße gewährleistet ist,
- vorübergehende Betreuung erkrankter Familienangehöriger,
- die Regelung gewichtiger persönlicher Angelegenheiten, wie z. B. die Teilnahme an einer Beisetzung oder dringende Regelungen im Zusammenhang mit dem Todesfall eines Angehörigen oder die Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung als Zeuge; bei der Teilnahme an Gerichtsverhandlungen als Verfahrenspartei kommt es auf die Umstände des Einzelfalles an,

- *Abschluss einer Schul- oder Berufsausbildung, sofern sich der Schüler oder Auszubildende bereits kurz vor dem angestrebten Abschluss, d. R. also zumindest im letzten Schul- bzw. Ausbildungsjahr befindet.* [\[14\]](#)

Dann folgen die Gründe, die **nicht** zur Erteilung der Duldung führen:

*„Dringende humanitäre oder persönliche Gründe wird man z. B. regelmäßig **nicht** annehmen können*

- *allein wegen der Integration in die deutschen Lebensverhältnisse, wie etwa bei Vorliegen von guten deutschen Sprachkenntnissen,*
- *beim Erlöschen der Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Aufenthaltzweck, weil die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, insbesondere bei Verlust des Arbeitsplatzes oder der Wohnung,*
- *wenn der Ausländer die Absicht hat, eine Aufenthaltserlaubnis zu einem anderen Aufenthaltzweck zu beantragen, er die Voraussetzungen hierfür gegenwärtig aber noch nicht erfüllt,*
- *allein wegen der gerichtlichen Durchsetzung von Ansprüchen oder der Durchführung eines Vaterschaftsanfechtungsprozesses,*
- *bei einem Petitionsverfahren, das die Fortsetzung des Aufenthalts zum Gegenstand hat.* [\[15\]](#)

Hier die Definition des öffentlichen Interesses, wonach eine Duldung erteilt werden kann:

“Erhebliche öffentliche Interessen können vorliegen, wenn

- *der Ausländer als Zeuge in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren benötigt wird,*
- *der Ausländer mit deutschen Behörden bei der Ermittlung von Straftaten vorübergehend zusammenarbeitet, sich insbesondere in einem Zeugenschutzprogramm befindet; zu beachten ist insoweit auch § 25 Absatz 4a, der eine Sonderregelung für die Erteilung einer vorübergehenden Aufenthaltserlaubnis für Opfer von Menschenhandel enthält,*
- *der Aufenthalt des Ausländers zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland fortgesetzt werden soll, wie z. B. aufgrund sicherheitspolitischer Interessen deutscher Sicherheitsbehörden, außenpolitischer oder auch sportpolitischer Interessen, etwa wenn es um die Fortsetzung des Aufenthalts eines sportpolitisch bedeutenden ausländischen Sportlers geht.* [\[16\]](#)
- Dann folgt noch eine Klarstellung für die Ausländerbehörden:

“Dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder erhebliche öffentliche Interessen erfordern den weiteren Aufenthalt nur, wenn das mit dem weiteren Aufenthalt des Ausländers angestrebte Ziel nicht auch in zumutbarer Weise im Ausland erreicht werden kann.” [\[17\]](#)

Die Verwaltungsvorschriften machen es für Sie und die Ausländerbehörde nicht einfacher, diese Ermessensduldung zu erhalten. Darum: **Lassen Sie sich gut beraten.**

Die Behörden machen oft unter anderem zur Bedingung, dass keine Sozialleistungen bezogen werden und dass die “freiwillige Rückkehr” zugesichert wird. Diese Duldungen werden in der Regel nur für einige Wochen oder Monate erteilt. Wenn der Erteilungsgrund wegfällt, also zum Beispiel der pflegebedürftige Angehörige stirbt oder der Schulabschluss gemacht ist, wird die Duldung in der Regel nicht verlängert und es droht erneut die Abschiebung. Nur bei Vorliegen eines

Abschiebungshindernisses oder eines Anspruchs auf einen Aufenthalt (z.B. durch Heirat), wird dann eine aus humanitären Gründen befristet erteilte Duldung noch verlängert oder eine Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Ermessensduldung für eine Ausbildung

Sie kann erteilt werden, wenn Sie unter 21 Jahre alt sind und eine qualifizierte Berufsausbildung, d.h. eine mindestens zweijährige Berufsausbildung^[18] beginnen und **nicht** aus einem **sicheren Herkunftsstaat**^[19] kommen. Die Ermessensduldung **kann für ein Jahr** erteilt werden. Wenn Sie die Ausbildung bereits angefangen haben und damit zu rechnen ist, dass Sie die Ausbildung in einem angemessenen Zeitraum beenden werden, **soll** die Ermessensduldung **für jeweils ein Jahr** verlängert werden; auch wenn Sie schon 21 Jahre oder älter sind. Das bedeutet, dass die Ausländerbehörde die Verlängerung dann nur im Ausnahmefall ablehnen darf, d.h., wenn hierfür besondere Gründe vorliegen.

Liegen die speziellen Voraussetzungen für die Erteilung der Ermessensduldung für eine Ausbildung nicht vor, z.B. weil Sie bei Ausbildungsbeginn älter als 20 Jahre sind oder aus einem sicheren Herkunftsstaat kommen, kann die Ausländerbehörde aber m.E. wie bisher eine „allgemeine Ermessensduldung“ nach § 60a Abs. 2 S. 3 AufenthG erteilen.

[1] § 48 Abs. 3 AufenthG.

[2] § 60a Abs. 6 S. 1 Nr. 2 AufenthG.

[3] § 1a Abs. 3 AsylbLG.

[4] VG Schwerin, [Beschluss vom 02.05.2014 – 3 B 357/14 As, Asyl.net, M21856.](#)

[5] Vgl. § 58 Abs. 2 AufenthG.

[6] AVwV 60a.2.1.2.1-5.

[7] Art. 2 Abs. 2 Grundgesetz.

[8] AVwV 60a.2.1.1.1.2.

[9] AVwV 60a.2.3.

[10] AVwV, 60a.2.3.1.

[11] AVwV 25.4.1.4.

[12] AVwV 25.4.1.5.

[13] AVwV 25.4.1.6.

[14] AVwV 25.4.1.6.1.

[15] AVwV 25.4.1.6.2.

[16] AVwV 25.4.1.6.3.

[17] AVwV 25.4.1.7.

[18] § 6 Abs. 1 S. 2 BeschV.

[19] Anlage II zu § 29a AsylG: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal, Serbien.

9.4 Abschiebungshaft, die Durchführung einer Abschiebung und deren Folgen

Treffen die hier geschilderten Konstellationen nicht auf Sie zu, haben Sie leider nicht mehr viele Möglichkeiten. Sie können freiwillig ausreisen, in ein anderes Land auswandern oder Schutz in

einem Kirchenasyl suchen (siehe Kapitel 9.5). Wenn Sie ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland bleiben, machen Sie sich damit allerdings strafbar.^[1] Bedenken sollten Sie dabei auch die Risiken von Abschiebungshaft und die Folgen einer Abschiebung.

a) Abschiebungshaft

Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam sind dürfen nicht angeordnet werden, wenn die Durchführung der Abschiebung durch ein milderes anderes Mittel sichergestellt werden kann. Die Inhaftnahme ist auf die kürzest mögliche Dauer zu beschränken. Minderjährige und Familien mit Minderjährigen dürfen nur in besonderen Ausnahmefällen und nur so lange in Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam genommen werden, wie es unter Berücksichtigung des Kindeswohls angemessen ist.^[2]

Nach dem Nds. Erlass vom 23.09.2014^[3] muss die Ausländerbehörde vor der Beantragung von Sicherungshaft immer prüfen, ob durch andere Maßnahmen, z.B. durch Meldeauflagen, Sicherheitsleistung oder räumliche Beschränkungen, sichergestellt werden kann, dass sich die ausreisepflichtige Person zu dem festgelegten Abschiebungstermin bereit hält und die Maßnahme nicht durch Untertauchen oder einen unerlaubten Wechsel des Aufenthaltsortes scheitern wird.

Nach dem Gesetz^[4] darf eine Person in Abschiebungshaft (**Sicherungshaft**) genommen werden, wenn

- er/sie nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise untergetaucht ist,
- er/sie bei einem festgesetzten Termin zur Abschiebung nicht angetroffen wird und keine Entschuldigung dafür hat,
- er/sie sich auf anderer Weise der Abschiebung entzieht oder
- wenn wegen bestimmter Anhaltspunkte, die in § 2 Nr. 14 AufenthG definiert sind, der begründete Verdacht besteht, dass sich jemand der Abschiebung durch Flucht entziehen will (Fluchtgefahr).^[5]

Diese konkreten Anhaltspunkte für das Bestehen einer Fluchtgefahr können sein:^[6]

- Der Betroffene ist umgezogen, ohne der zuständigen Behörde eine neue Anschrift anzugeben, obwohl er auf seine Anzeigepflicht hingewiesen wurde und er hat sich so „einem behördlichen Zugriff“ entzogen.
- Täuschung über seine Identität, insbesondere durch Unterdrückung oder Vernichtung von Identitäts- oder Reisedokumenten oder das Vorgeben einer falschen Identität.
- Der Betroffene hat gesetzliche Mitwirkungshandlungen zur Feststellung der Identität verweigert oder unterlassen und es kann daraus geschlossen werden, dass er seine Abschiebung aktiv verhindern will
- Der Betroffene hat so viel Geld für seine Einreise nach Deutschland gezahlt, dass daraus geschlossen werden kann, dass er die Abschiebung verhindern wird, damit die Aufwendungen nicht vergeblich waren.
- Der Betroffene hat erklärt, dass er sich der Abschiebung entziehen will
- Der Betroffene hat, um sich der bevorstehenden Abschiebung zu entziehen, andere vergleichbare Maßnahmen ergriffen, sodass die Behörde ihn nicht abschieben konnte. Diese Ausweitung, insbesondere bzgl. der hohen Fluchtkosten als Anhaltspunkte für Fluchtgefahr, kann dazu führen, dass in sehr vielen Fällen ein Grund für Sicherungshaft in Betracht kommen kann. Wichtig ist aber, dass die Ausländerbehörde die Voraussetzungen, die aus ihrer Sicht für eine Fluchtgefahr sprechen, darlegen und beweisen muss.

•
Eine besondere Form der Abschiebungshaft ist die “Vorbereitungshaft”. Sie wird verhängt, wenn eine Ausweisung (z.B. wegen Straffälligkeit) in Vorbereitung ist, die endgültige Entscheidung darüber aber noch aussteht und die Abschiebung ohne Haft wesentlich erschwert oder unmöglich würde.

Wenn Flüchtlinge im Abschiebungsgefängnis sind, sind sie aber in der Regel nicht in Vorbereitungshaft, sondern in “Sicherungshaft”, das heißt, allein zu dem Zweck, die Abschiebung zu sichern. Die oben aufgezählten Haftgründe zeigen: Wenn die Behörden vermuten, dass Sie sich einer Abschiebung entziehen oder mit Tricks eine Abschiebung verhindern wollen, steigt das Risiko einer Inhaftierung. Abschiebungshaftgefahr entsteht zum Beispiel, wenn Sie zu Behördenterminen nicht erscheinen oder Ihren Aufenthaltsort dauerhaft ohne Erlaubnis wechseln.

- Bleiben Sie deshalb möglichst mit der Ausländerbehörde im Kontakt und sichern Sie zu, dass Sie sich einer eventuellen Abschiebung nicht entziehen werden.
- 62 Abs. 5 AufenthG ermächtigt die Ausländerbehörde, Personen ohne vorherige richterliche Anordnung festhalten und vorläufig in Gewahrsam nehmen, wenn
 - der dringende Verdacht für das Vorliegen der Voraussetzungen für die Sicherungshaft bestehen,
 - die richterliche Entscheidung über die Anordnung der Abschiebungshaft nicht vorher eingeholt werden kann und
 - der begründete Verdacht vorliegt, dass sich der Ausländer der Anordnung der Sicherungshaft entziehen will. Der Betroffene muss aber unverzüglich dem Richter zur Entscheidung über die Anordnung der Sicherungshaft vorgeführt werden.
- Wenn Sie festgenommen und dann dem Amtsgericht zur Haftentscheidung vorgeführt werden, versuchen Sie zu begründen, warum keiner der oben genannten gesetzlichen Haftgründe vorliegt oder welche Gründe gegen die Inhaftierung sprechen. Sie dürfen einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin hinzuziehen und eine/n Dolmetscher/in verlangen. Auch die Unterstützung durch eine nicht-anwaltliche Vertrauensperson ist erlaubt,^[7] dann müssen Sie aber alle Ausführungen und Anträge vor dem Gericht selbst machen. Auf den Rechtsanwalt oder die Vertrauensperson muss das Gericht warten, gleichzeitig muss es aber auch schnell entscheiden. Wenn der Rechtsanwalt nicht sofort kommen kann, ist es deshalb unter Umständen sinnvoll, darum zu bitten, dass nur eine vorläufige Entscheidung für die Inhaftierung ergeht und das Hauptsacheverfahren um ein oder zwei Tage verschoben wird. Hat das Gericht die Haft erst einmal angeordnet, ist es schwieriger, die Haftentlassung zu erreichen. Wenn Sie verheiratet sind, muss das Gericht auch Ihren in Deutschland anwesenden Ehegatten anhören.^[8]
- Gegen den Haftbeschluss des Amtsgerichts können Sie innerhalb von zwei Wochen sofortige Beschwerde beim Landgericht einlegen.^[9] Da die Amtsgerichte häufig nicht sorgfältig prüfen, ob die Voraussetzungen der Abschiebungshaft vorliegen, ist es in der Regel sinnvoll, das zu tun. Haben Sie keine Unterstützung durch eine Anwältin oder einen Anwalt, können auch Sie selbst, Ehepartner/in, Eltern, Vormund oder eine Vertrauensperson (Gefängnispfarrer/in, Besucher/in, Verwandte/r) eine Haftbeschwerde einreichen.^[10] Gegen die Entscheidung des Landgerichts können Sie nur ggf. Rechtsbeschwerde einlegen.^[11] Am besten lassen Sie sich von einem Rechtsanwalt oder einer Rechtsanwältin vertreten. Darüber hinaus können Sie zu jeder Zeit beim Amtsgericht die Aufhebung der Freiheitsentziehung beantragen.^[12]

Ausreisegewahrsam Unabhängig von den Voraussetzungen der Sicherungshaft nach § 62 Abs. 3 AufenthG kann zur Sicherung der Durchführbarkeit der Abschiebung durch ein Gericht Ausreisegewahrsam angeordnet werden:[13]

Steht der Termin der Abschiebung fest, können Ausländer/innen für die Dauer von längstens **von längstens vier Tagen in Ausreisegewahrsam**,[14] wenn

- die Ausreisefrist abgelaufen und
- wenn die Ausländerbehörde der Auffassung ist, dass der Betroffene seine Abschiebung erschweren oder verhindern will, weil er fortgesetzt seine gesetzlichen Mitwirkungspflichten verletzt oder über seine Identität oder Staatsangehörigkeit getäuscht hat.

In Ausreisegewahrsam kann nicht genommen werden,[15] wenn

- jemand unverschuldet an der Ausreise gehindert oder
- wenn die Überschreitung der Ausreisefrist gering ist
- wenn der Betroffene glaubhaft macht oder wenn offensichtlich ist, dass er sich der Abschiebung nicht entziehen will.
- feststeht, dass die Abschiebung nicht innerhalb der Anordnungsfrist **von längstens vier Tagen** durchgeführt werden kann.[16]

Der Ausreisegewahrsam wird im Transitbereich eines Flughafens oder in einer Unterkunft vollzogen, von wo aus die Ausreise möglich ist.[17] Zu den weiteren Einzelheiten zur Sicherungshaft und zum Ausreisegewahrsam vgl. 18.3.

b) Die Durchführung der Abschiebung

Nach dem Nds. Erlass vom 23.09.2014[18] muss die Ausländerbehörde vor einer Abschiebung prüfen, ob die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen oder einer Duldung möglich ist, insbesondere durch die Einschaltung der Härtefallkommission, die Anwendbarkeit der Bleiberechtsregelungen und des § 25 Abs. 5 AufenthG.[19] Die freiwillige Rückkehr habe absoluten Vorrang vor einer Abschiebung; vor der Stellung eines Abschiebungersuchens muss die Ausländerbehörde über die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise beraten.

Nach dem Nds. Erlass vom 23.09.2015[20] ist bei vollziehbar ausreisepflichtigen Personen mit kurzer Aufenthaltsdauer in Deutschland regelmäßig nicht zu erwarten, dass die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG in Betracht kommt. Daher muss in diesen Fällen hierzu keine Beratung erfolgen.

Wenn jemand **seit länger als einem Jahr** eine Duldung hat, muss die **Abschiebung** mindestens einen Monat vorher **angekündigt** werden. Die Ankündigung muss wiederholt werden, wenn die Duldung für ein weiteres Jahr erteilt wurde.[21] Der Zeitraum kann auch durch mehrere nacheinander erteilte ununterbrochene Duldungen erreicht werden.[22]

Aber auch wenn Ankündigung der Abschiebung gesetzlich nicht vorgesehen ist, soll die Ausländerbehörde nach dem Nds. Erlass vom 23.09.2014[23] den Abschiebungstermin in

bestimmten Fällen mitteilen; weitere Punkte sind zu berücksichtigen:

- Die erste Abschiebung soll mit Angabe des Datums und der voraussichtlichen Abholzeit so rechtzeitig bekanntgegeben werden, dass sich die Betroffenen auf ihre Ausreise vorbereiten können. Das muss nicht erfolgen, wenn beispielsweise erhebliche Straftaten begangen wurden.
- Der Termin für einen zweiten Abschiebungsversuch ist anzukündigen, wenn – die Ausländerbehörde zu verantworten hat, dass die erste Abschiebung nicht durchgeführt wurde und – wenn dies nach einer Einzelfallprüfung geboten erscheint. Bei dieser Prüfung sind die Gründe für die Verhinderung der ersten Abschiebung zu berücksichtigen.
- Bei Familien oder alleinerziehenden Elternteilen mit minderjährigen Kindern und unbegleiteten Minderjährigen[24] ist grundsätzlich auch ein zweiter Abschiebungstermin bekanntzugeben
- Der Abholungstermin in der Zeit soll vom 01. Oktober bis 31. März nach 06.00 Uhr und in der Zeit vom 01. April bis 30. September nach 04.00 Uhr morgens sein.
- Wenn minderjährige Kinder von einem Elternteil oder den Eltern getrennt würden, ist die eingeleitete Abschiebung abzubrechen.

Diese Vorgaben wurden durch den sog. „Rückführungserlasses“ vom 23.09.2015[25] eingeschränkt: Außer bei Familien oder alleinerziehenden Elternteilen mit minderjährigen Kindern und unbegleiteten Minderjährigen[26] muss der Abschiebetermin nicht mehr mitgeteilt werden, wenn die Aufenthaltsdauer in Deutschland bis Abschiebungstermins nicht mehr als 18 Monate beträgt.

c) Die Folgen einer Abschiebung Bei einer Abschiebung wird in Ihren Pass oder in Ihr Passersatzpapier (laissez passer) der Begriff “abgeschoben” gestempelt, so dass Sie auch gegenüber den Behörden Ihres Landes als Flüchtling kenntlich sind. Dies hat möglicherweise unangenehme Folgen für Sie.

Darüber hinaus hat jede Abschiebung eine so genannte “Wiedereinreisesperre” (sog. Einreise- und Aufenthaltsverbot) zur Folge. Das heißt, Sie dürfen nicht wieder nach Deutschland zurückkehren, auch wenn Sie zum Beispiel durch Heirat ein Aufenthaltsrecht in Deutschland erworben haben.[27]

Die Ausländerbehörde verhängt das Einreise- und Aufenthaltsverbot wird für einen bestimmten Zeitraum erteilt, der mit der Ausreise beginnt.[28] Über die Länge dieser Frist trifft die Ausländerbehörde eine Ermessensentscheidung, bei der folgende Regelungen zu beachten sind:[29]

- Die Frist darf nur dann länger als fünf Jahre sein, wenn – jemand wegen einer strafrechtlichen Verurteilung ausgewiesen wurde[30] oder – von ihm eine schwerwiegende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht.
- Die Frist soll zehn Jahre nicht überschreiten
- Eine Befristung oder eine Aufhebung des Einreise- und Aufenthaltsverbots erfolgt nicht, wenn der Ausländer wegen eines Verbrechens gegen den Frieden, eines Kriegsverbrechens oder eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit ausgewiesen oder auf Grund einer Abschiebungsanordnung nach § 58a aus dem Bundesgebiet abgeschoben wurde.
- Die Frist kann aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verlängert werden.
- Die Frist kann verkürzt oder das Einreise- und Aufenthaltsverbot kann ganz aufgehoben werden: – zur Wahrung schutzwürdiger Belange des Ausländers oder – wenn das Einreise- und Aufenthaltsverbots nicht mehr erforderlich ist[31]
- Das Einreise- und Aufenthaltsverbot soll aufgehoben werden, wenn eine Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis aus humanitären Gründen[32] erteilt

werden kann oder muss.

Vor Ablauf des Einreise- und Aufenthaltsverbots kann es Ihnen in der Regel ausnahmsweise erlaubt werden, für eine kurze Zeit einzureisen, wenn Ihre Anwesenheit aus zwingenden Gründen erforderlich ist oder die Versagung der Erlaubnis eine unbillige Härte bedeuten würde.[\[33\]](#)

Die Ausländerbehörde kann dieses Einreise- und Aufenthaltsverbot aber auch dann anordnen, wenn Sie **nicht** innerhalb der Ihnen **gesetzten Ausreisepflicht** ausreisen.[\[34\]](#) Das ist aber nicht möglich, wenn Sie

- ohne Ihr Verschulden nicht ausreisen konnten
- die Überschreitung der Ausreisefrist ist nicht erheblich ist

Das Einreise- und Aufenthaltsverbots soll in diesen Fällen bei der ersten Anordnung ein Jahr; sonst drei Jahre nicht überschreiten.[\[35\]](#)

Sich bei einer Abschiebung zu wehren, kann dazu führen, dass eine Abschiebung abgebrochen wird. An Bord eines Flugzeugs entscheidet immer der Kapitän und nicht die Polizei, ob ein Flüchtling mitgenommen wird oder nicht. Wenn zum Beispiel andere Passagiere sich weigern, sich hinzusetzen oder ihr Mobiltelefon auszumachen, dann genügt das unter Umständen schon, damit der Kapitän den Flüchtling wieder aus dem Flugzeug bringen lässt. Auch ein psychischer Zusammenbruch eines Flüchtlings oder heftige körperliche Gegenwehr führt immer wieder dazu, dass die Polizeibeamten sich entscheiden, die Abschiebung abubrechen und die/den Betroffene/n gegebenenfalls in ein Krankenhaus zu bringen. Scheitert ein Abschiebungsversuch, müssen Sie allerdings damit rechnen, dass in Kürze ein neuer Abschiebungstermin feststeht. Haben Sie sich beim ersten Mal gewehrt, ist es wahrscheinlich, dass mehrere Beamte kommen und Sie unter Umständen auch mit Medikamenten oder Fesseln versuchen, ruhig zu stellen. Auch besteht nach einem gescheiterten Abschiebungsversuch ein erhöhtes Risiko der Inhaftierung. Um kranke Menschen abzuschicken, wird manchmal ein Arzt beauftragt, mit zu fliegen.

[\[1\]](#) § 95 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG.

[\[2\]](#) §§ 62 Abs. 1; 62b Abs. 3 AufenthG.

[\[3\]](#) Rechtliche Hinweise und verfahrensmäßige Vorgaben zur Organisation und Durchführung des Rückführungs- und Rücküberstellungsvollzugs

(Abschiebung) und zur Beantragung von Abschiebungshaft, Runderlass des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 23. September 2014 – Az.: 61 – 12231/ 3 VORIS 26100, siehe <http://www.nds-fluerat.org/infomaterial/erlasse-des-niederschischen-ministeriums/>

[\[4\]](#) § 62 Abs. 3 AufenthG

[\[5\]](#) Neuregelung durch das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung

vom 01.08.2015, BGBl. 2015 Teil I Nr. 32, S. 1386 ff.

[\[6\]](#) § 2 Nr. 14 AufenthG.

[\[7\]](#) § 418 Abs. 3 Nr. 3 FamFG.

[\[8\]](#) § 418 Abs. 3 Nr. 1 FamFG.

[\[9\]](#) §§ 58 Abs. 1; 63 Abs. 1 FamFG.

[\[10\]](#) § 429 Abs. 2 FamFG.

[11] § 70 FamFG.

[12] § 426 Abs. 2 FamFG.

[13] § 62b AufenthG

[14] § 62 b Abs. 1 S. 1 AufenthG.

[15] § 62 b Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 2 und 3 AufenthG.

[16] In diesen Fällen ist der Ausreisegewahrsam unzulässig (§ 62 b Abs. 1 S. 3 AufenthG).

[17] § 62 b Abs. 2 AufenthG.

[18] Rechtliche Hinweise und verfahrensmäßige Vorgaben zur Organisation und Durchführung des Rückführungs- und Rücküberstellungsvollzugs

(Abschiebung) und zur Beantragung von Abschiebungshaft, Runderlass des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 23. September 2014 – Az.: 61 – 12231/ 3 VORIS 26100 siehe <http://www.nds-fluerat.org/infomaterial/erlasse-des-niedersachsichen-ministeriums/>

[19] Der Erlass verweist hier auch auf die Rechtsprechung und den hohen Stellenwertes von Art. 6 GG und Art. 8 EMRK (siehe oben Nr. 9).

[20] Aufenthaltserlaubnisse für Ausländerinnen und Ausländer, Ausweisung, Abschiebung Ergänzende verfahrensmäßige Vorgaben bei kurzzeitigem Aufenthalt zur Durchführung des Rückführungs- und Rücküberstellungsvollzugs (Abschiebung) und zur Durchführung des Härtefallverfahrens

nach § 23 a des Aufenthaltsgesetzes; Runderlass vom 29.09.2015, siehe <http://www.nds-fluerat.org/infomaterial/erlasse-des-niedersachsichen-ministeriums/>

[21] § 60a Abs. 5 S. 3-4 AufenthG.

[22] AVwV 60a.5.

[23] Rechtliche Hinweise und verfahrensmäßige Vorgaben zur Organisation und Durchführung des Rückführungs- und Rücküberstellungsvollzugs

(Abschiebung) und zur Beantragung von Abschiebungshaft, Runderlass des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 23. September 2014 – Az.: 61 – 12231/ 3 VORIS 26100, siehe <http://www.nds-fluerat.org/infomaterial/erlasse-des-niedersachsichen-ministeriums/>

[24] Nach § 58 Abs. 1a muss sich die Ausländerbehörde vor der Abschiebung eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings vergewissern, dass dieser im Rückkehrstaat einem Mitglied seiner Familie, einer zur Personensorge berechtigten Person oder einer geeigneten Aufnahmeeinrichtung übergeben wird.

[25] Aufenthaltserlaubnisse für Ausländerinnen und Ausländer, Ausweisung, Abschiebung Ergänzende verfahrensmäßige Vorgaben bei kurzzeitigem Aufenthalt zur Durchführung des Rückführungs- und Rücküberstellungsvollzugs (Abschiebung) und zur Durchführung des Härtefallverfahrens

nach § 23 a des Aufenthaltsgesetzes; Runderlass vom 29.09.2015, siehe <http://www.nds-fluerat.org/infomaterial/erlasse-des-niedersachsichen-ministeriums/>

[26] Nach § 58 Abs. 1a muss sich die Ausländerbehörde vor der Abschiebung eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings vergewissern, dass dieser im Rückkehrstaat einem Mitglied seiner Familie, einer zur Personensorge berechtigten Person oder einer geeigneten Aufnahmeeinrichtung übergeben wird.

[27] § 11 Abs. 1 AufenthG.

[28] § 11 Abs. 2 S. 1-2 AufenthG.

[29] § 11 Abs. 3 – 5 AufenthG.

[30] §§ 53 f AufenthG.

[31] Nach der Gesetzesbegründung (BT-Drs. 18/4097 vom 25.02.2015, S. 36) kann die Sperrwirkung aus general- bzw. spezialpräventiven Gründe nicht mehr erforderlich sein (vgl. hierzu auch BVerwG, Urteil vom 6. März 2014, 1 C 5.13).

[32] Nach §§ 22-26 AufenthG.

[33] § 11 Abs. 8 AufenthG.

[34] § 11 Abs. 6 AufenthG; die Regelungen der § 11 Abs. 1 – 5 AufenthG gelten entsprechend .

[35] § 11 Abs. 6 S. 4 AufenthG.

9.5 Sonstige Perspektiven

a) Rückkehr oder Weiterwanderung

Wenn Ihnen konkret die Abschiebung droht, sollten Sie über die Möglichkeit einer Ausreise in Ihr Herkunftsland, gegebenenfalls auch die Weiterwanderung in einen dritten Staat nachdenken. Dann können Sie zumindest Ihre persönlichen Dinge in Ruhe regeln und eine eigenständige Ausreise hat keine Wiedereinreisesperre zur Folge. Außerdem können Sie das Geld für den Rückflug sowie einen zusätzlichen Bargeldbetrag erhalten. Dafür werden von IOM (International Organisation for Migration) Gelder bereitgestellt.

Rückkehrer aller Herkunftsländer können Reisebeihilfen aus dem Förderprogramm REAG (Reintegration and Emigration Programme for Asylum Seekers in Germany) erhalten. Für manche Herkunftsländer von Flüchtlingen kann man zudem bestimmte Starthilfe aus dem Förderprogramm GARP (Government Assisted Repatriation Programme) bekommen. Staatsangehörige europäischer Drittstaaten, denen eine **visumfreie Einreise** in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland möglich ist und die nach dem Datum der jeweiligen Visumfreiheit eingereist sind, erhalten **keine Reise- und Starthilfen**. Beförderungskosten können – unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls – übernommen werden. Visumsfrei einreisen können gegenwärtig Personen mit Staatsangehörigkeit von Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Mazedonien und Montenegro. [1] Auch für kosovarische Staatsangehörige, die nach dem 31.12.2014 eingereist sind, werden nur noch die Beförderungskosten übernommen. Die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen unterstützt bei Bedarf Kommunen und die dort untergebrachten Flüchtlinge bei der Realisierung einer freiwilligen Ausreise (Individualhilfen)

- Ausführliche Informationen hierzu finden Sie auf der Homepage des niedersächsischen Innenministeriums unter:

http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14978&article_id=62977&_psmand=33

- Beratungsstellen, aber auch die Ausländerbehörde und das Sozialamt können Sie über die Möglichkeiten einer finanziellen Hilfe bei einer Rückkehr informieren und die entsprechenden Anträge für Sie stellen. Auch das Raphaelswerk in Hannover bietet eine kompetente Rückkehrberatung an. Dort können Sie auch konkrete Fragen zur Situation in Ihrem Zielstaat klären. Die Adresse lautet:

Raphaels-Werk in Hannover Vordere Schöneworth 10 30 167 Hannover Tel. (05 11) 71 32 37 oder 713238 Telefax: (05 11) 71 32 39 Email: hannover@raphaelswerk.net

- Wenn Sie ohne Visum in ein anderes (europäisches) Land flüchten, können Sie nach Deutschland zurückgeschoben werden und bis zur Abschiebung in Haft kommen. Eine legale Weiterwanderung zum Beispiel in die USA oder nach Kanada ist nur unter sehr engen

Voraussetzungen möglich. Die wichtigsten Informationen und Unterlagen über die Möglichkeiten, in einen Drittstaat auszuwandern, erhalten Sie ebenfalls beim Raphaelswerk in Hannover.

- Zu einer Rückkehr müssen Sie sich rechtzeitig entschließen. Wenn der Termin für die Abschiebung schon fest steht, akzeptieren viele Ausländerbehörden die Möglichkeit einer eigenständigen Ausreise nicht mehr und schieben Sie ab.

b) Leben in der Illegalität

Um der Abschiebung zu entgehen, tauchen vermehrt Flüchtlinge unter und halten sich vor den Behörden versteckt. Wenn Sie darüber nachdenken, sollten Sie bedenken, dass ein Überleben in der Illegalität in Deutschland sehr schwer zu organisieren ist und nur wenig Aussicht auf Legalisierung besteht. Im Unterschied zu anderen europäischen Staaten hat es in Deutschland bislang noch nie eine Amnestieregelung für Illegalisierte gegeben.

- Welche Rechte Sie als Illegalisierte/r haben und welche Schwierigkeiten Sie befürchten müssen, sind in Kapitel 18.4 beschrieben.

c) Kirchenasyl

Die Unterbringung in einer religiösen Gemeinde, das Kirchenasyl, ist für einige Flüchtlinge der letzte Ausweg vor der akut drohenden Abschiebung. In der Regel wird den Flüchtlingen gewährte Schutz in Kirchen von den Behörden respektiert, das heißt auf die gewaltsame Durchsetzung einer Abschiebung wird verzichtet, solange sich die Betroffenen in den kirchlichen Räumen aufhalten.

Allerdings ist ein Kirchenasyl keine dauerhafte Lösung für ein Leben in Deutschland. In der Regel muss die Kirchengemeinde für den Lebensunterhalt der Kirchenasylflüchtlinge aufkommen und kann und will dies nur für eine begrenzte Zeit. Auch die Organisation eines Alltags und das Verlassen der Gemeinderäume (zu Arbeit, Schulbesuch, Einkaufen etc.) ist aus dem Kirchenasyl heraus generell schwierig oder unmöglich. Ein Kirchenasyl ist also nur dann sinnvoll, wenn es darum geht, Zeit zu gewinnen, und wenn konkrete Hoffnung auf ein Aufenthaltsrecht besteht. Die Zeit im Kirchenasyl ermöglicht es dann, eine bestehende Bedrohung oder Verfolgung nachzuweisen oder den Ausgang eines anderen Verfahrens abzuwarten. Um Kirchenasyl zu erhalten, sollten Sie sich an die Gemeinden in Ihrer Stadt oder Ihrem Landkreis sowie an die ökumenische Arbeitsgemeinschaft "Asyl in der Kirche" wenden. Die Adresse lautet:

Ökumenische Arbeitsgemeinschaft

Asyl in der Kirche

c/o Hildegard Grosse

Schwalbenweg 10

30 966 Hemmingen

Tel./Fax: 0 51 01 / 47 58

[1] <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/EinreiseUndAufenthalt/StaatenlisteVisumpflicht.html?nn=350374>.